



Ökonomische Bildung und Befähigung

Im Augenblick gibt es offenbar (mal wieder) ernste Bemühungen, „Wirtschaftsbildung“ zu promoten. Das ist zwar nicht so hip wie Digitalisierung, aber da alles irgendwie Ökonomie ist und es schließlich um unser aller materielles Wohlergehen geht, darf man hier von einer einigermaßen sicheren Aufmerksamkeits- und Zustimmungsrate ausgehen.

Schon seit Jahren ist daher die durchweg als defizitär qualifizierte wirtschaftliche Bildung regelmäßig in allen wichtigen Medien präsent (z. B. [FAZ](#), [Handelsblatt](#), [Spiegel](#), [Welt](#)). Jetzt hat die [ZEIT](#) das Thema intensiv aufgegriffen und als Grundlage für ihre Position eine Studie des [briq Institute on Behavior & Inequality](#) von Prof. Armin Falk (Uni Bonn) herangezogen.

Wer bei so viel Kompetenz und darüber hinaus selbstbewusster Verkündung jetzt besondere Einsichten erwartet, wird allerdings enttäuscht. Die Aussagen sind schlicht und wenig überraschend: Die Menschen haben zu wenig Wirtschaftswissen, und das ist nicht nur schlecht für sie, sondern für die ganze Gesellschaft. Denn die Unwissenden investieren falsch, fordern zu wenig, vertreten ihre Interessen nicht kompetent usw., kurzum: Sie sind die Marktverlierer. Schlimmer noch: Die ökonomisch Ungebildeten stellen eher die Demokratie und die EU in Frage, und sie haben Vorurteile gegenüber der Ökonomie und dem Euro. Es gehe also darum, die Menschen in dieser Hinsicht zu befähigen, und das müsse so früh wie möglich beginnen, also in der Schule, wenn nicht sogar in der Vorschule.

Obschon das Grundanliegen nachvollziehbar und sinnvoll ist, strotzt die Argumentation vor gedanklichen Fehlern, Widersprüchen und Kurzschlüssen. Schlimmer noch, die impliziten Annahmen werden nicht transparent gemacht und schon gar nicht hinterfragt. Das Ergebnis ist folglich ein unbrauchbares common-sense-Geschreibsel, das letztlich kontraproduktiv wirkt, weil es irreführt und echte Fortschritte verhindert.

Wie ökonomische Bildung nicht funktioniert und warum

Die geradezu simplistische These der Autoren (in bester Ökonomietradition) lautet: Wer mehr weiß, entscheidet besser. Und um die unbefriedigende aktuelle Lage zu ändern reicht es, Wirtschaftswissen in der Schule zu vermitteln. Dann tritt wie von Geisterhand das gewünschte Ergebnis ein.

Solch vereinfachende Annahmen kann man in theoretischen ökonomischen Modellen treffen, damit diese überhaupt funktionieren. Aber wie der Empiriker weiß, muss man in der Realität viel genauer hinschauen und differenzieren. Und da zeigt sich, dass das hiervor beschriebene gedankliche Modell weitestgehend wirkungsloses Wunschdenken ist.

1. Zunächst einmal wird moniert, dass die Menschen „geläufige“ ökonomische Kennzahlen und Werte (z. B. Inflation, BIP, Arbeitslosenquote, DAX) nicht kennen,



von denen man offenbar annimmt, dass sie zur Allgemeinbildung zählen sollten. Das ist Unsinn. Fakt ist, dass es sich hier um Daten handelt, deren Kenntnis vollkommen nutzlos ist, wenn man sie nicht einordnen kann. Sie werden erst zu brauchbaren Informationen, wenn man versteht, was sie genau aussagen, und vor allem wenn man sie so zur persönlichen Situation in Bezug setzen kann, dass sie belastbare Entscheidungen ermöglichen.

Es geht also bei ökonomischer Bildung nicht um Wissen, schon gar nicht um zusammenhangloses Faktenwissen, sondern um wirtschaftliches Verständnis. Letzteres ist allerdings nicht offenkundig, sondern abhängig von Theorien, Modellen und nicht zuletzt auch Ideologien. Das gilt auch für einfache Indikatoren: Wer z. B. nicht versteht, wie die Arbeitslosenquote ermittelt wird und wie die Berechnungsweise mit welchem Ziel im Zeitablauf verändert wurde, ist nicht nur nicht gut informiert, sondern wird irregeleitet. In vielen Fällen werden solche „manipulierten“ Zahlen im Übrigen auch gezielt eingesetzt, um dem Durchschnittsbürger den Eindruck zu vermitteln, er habe den Durchblick und könne mitreden. Da ist diesbezügliche Datenignoranz nicht nur kein Defizit, sondern kann sogar einen Vorteil darstellen.

2. Entsprechend dem Vorstehenden sollte man also davon ausgehen, dass man die Lage wohl verbessern kann, wenn die Menschen detailliertere Informationen erhalten, im Idealfall also perfekt informiert sind. Was aber bedeutet das?

Es gibt in der Tat nicht nur das kritisierte Phänomen der Unterinformation, sondern auch das der Überinformation. Wer schon einmal versucht hat, Medikamentenbeipackzettel, Nahrungsmittelzutatenlisten oder Wertpapieremissionsprospekte zu lesen und daraus informierte Schlüsse zu ziehen, kennt das Problem.

Entscheidend für eine echte Befähigung ist also, relevante Informationen – und zwar alle, aber eben auch ausschließlich diese – zu erhalten. Was das aber in den konkreten Lebensumständen jedes Einzelnen bedeutet, hängt von vielfältigen Faktoren unzähliger Einzelumstände ab. Diese Informationen kann man unmöglich alle vorab lernen, sondern man sollte in der Lage sein, sie zu ermitteln. Das wiederum setzt aber nicht nur Fachinformationsrecherchekompetenz voraus, sondern auch das Wissen darum, was jeweils relevant ist, und wie man aus den vielfältigen Informationen ein zusammenhängendes Bild generiert. Dazu bedürfte es aber eines (wenn auch ggf. abgespeckten) VWL und BWL-Studiums und die Kenntnis zahlloser Theorien. Auf Schulniveau ist dies nur in minimaler Form zu realisieren.

Aber selbst wenn jeder ein vollständiges Wirtschaftsstudium absolvierte, würde das Problem damit nicht vollständig gelöst: Die Wirtschaftswissenschaft kann zwar einigermaßen erklären, wie die Masse der Individuen sich verhält (bzw. verhalten sollte). Aber sie ist nicht in der Lage, rationale Entscheidungen zu begründen, die die jeweils individuelle Ausgangslage der Menschen vollständig berücksichtigen, weil diese jeweils hyperkomplex ist. Nicht einmal die Entscheidungs- und Spieltheorie kann das leisten.

Man kann also selbst mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulabschluss vielleicht ökonomisch rational begründete Entscheidungen treffen, aber ob diese letztlich richtig sind, ist damit nicht bewiesen. Denn Entscheidungen sind immer



zukunftsbezogen, und die Zukunft lässt sich auch bei perfektester Information und bei bester Modellformulierung nicht vorhersagen. Zynisch könnte man sagen: Die Wirtschaftswissenschaft trägt dazu bei, Unwissen durch Irrtum und Fehltrug zu ersetzen, sie schafft Erkenntnisse, die zumindest dem wirtschaftswissenschaftlich Gebildeten helfen, den einen oder anderen Fehler zu vermeiden, viel mehr aber auch nicht.

Im Übrigen werden die Modelle neuerdings gerne angereichert durch psychologische und ggf. soziologische Elemente, weil man eingesehen hat, dass der homo oeconomicus ein realitätsfernes Idealbild ist. Die neuen Modelle sind aber ebenso wenig hilfreich, weil auch sie den Normalmenschen nicht befähigen, persönlich richtige Entscheidungen zu treffen.

Im Ergebnis bedeutet das: Selbst ein komplexes Wirtschaftsverständnis am Ende eines intensiven Studiums stellt zwar eine wirtschaftswissenschaftlich fundierte Befähigung dar. Dies führt aber keineswegs automatisch zu situationsbezogen begründbar richtigen Entscheidungen. Wenn die Autoren schreiben: „*Wir entscheiden keineswegs immer bewusst oder gar optimal, sondern lassen uns von Intuition und Emotion leiten und begehen Fehler. All das macht Wirtschaftswissen heute umso interessanter und hilfreicher.*“, dann ist das nicht haltbar: Gäbe es den Zusammenhang wirklich, dann müssten alle wirtschaftswissenschaftlich Gebildeten reich, einkommensstark und Nicht-Ökonomen auch karrieremäßig weit überlegen sein. Solche Studien gibt es aber offensichtlich nicht (und auch die vorliegende Studie hat zwar vieles untersucht, aber – warum auch immer – nicht, ob Absolventen mit Wirtschaftsabschluss im Leben wirtschaftlich erfolgreicher sind. Ebenso wenig gibt es Studien darüber, dass Schulabgänger mit Wirtschaftswissen (solche gibt es ja bereits) sich zumindest im Markt (wenn man diesen vom Rest des Lebens gedanklich trennt) besser behaupten als solche ohne.)

Wie wenig die Autoren es verstanden haben, ihre wirtschaftswissenschaftliche Perspektive zu überwinden und die Perspektive des zu Befähigenden einzunehmen, zeigt sich auch in folgendem Statement von Prof. Falk: „*Wenn ich nicht mit Wahrscheinlichkeiten umgehen kann, dann werde ich im Allgemeinen schlechtere Entscheidungen treffen als die Informierten.*“ Als wissenschaftliche Aussage mag das stimmen. Aber was bedeutet das im Einzelfall, außer dass man mit dieser Befähigung möglicherweise bessere Entscheidungen trifft? Sollen die Schüler mit dieser Hoffnung allen Ernstes Wahrscheinlichkeitstheorien lernen, deren Modellannahmen in der Realität nur selten anzutreffen sind und die sie spätestens nach kurzer Zeit vergessen haben?

3. Wenn man das alles berücksichtigt, dann muss man nicht weit denken, um zu verstehen, dass es illusorisch ist zu glauben, man könne Wirtschaftsbildung ernsthaft in der Schule vermitteln. Zum einen, weil dafür das Interesse und die Verständnisbasis fehlt. Zum anderen, weil dafür gar nicht genügend Unterrichtszeit zur Verfügung steht. Zum Dritten, weil davon zwar die ohnehin Intelligenten profitieren, nicht aber die eher Unbedarften. Und schließlich, weil Halbwissen genauso problematisch ist wie Unwissen.



Der Mensch ist im Übrigen keine Maschine, die man nur mit Informationen und Theorien füttern muss, damit sie das Richtige tut. Bildung kann nur entstehen, wenn sie dem Kontext angepasst ist, d. h. der Vorqualifikation, dem Bedarf (und Interesse) und nicht zuletzt den jeweiligen Handlungsmöglichkeiten. Nichts davon ist im Schulalter so beschaffen, dass man hier ernsthaft ökonomische Bildung vermitteln könnte über das Elementarniveau hinaus, das derzeit bereits in Fächern wie Sozialwissenschaft u. ä. gelehrt wird.

Wie ökonomische Bildung funktionieren könnte

Wenn man wirklich eine ökonomische Bildung in der Breite der Bevölkerung erreichen möchte, dann muss man Folgendes beachten:

1. „*Wirtschaftliche Bildung muss man als Befähigungspolitik begreifen.*“ (A. Falk)
Dem kann man zustimmen. Aber dann muss man sich zunächst einmal Gedanken darüber machen, um welche Art von Befähigung es gehen soll, welche Kompetenzen konkret benötigt werden und offenbar nicht ausreichend vorhanden sind. Denn aus dem hiavor Gesagten ist deutlich geworden, dass eine Anhäufung von Wissen über Fakten und Theorien alleine definitiv nicht reicht.

Außerdem muss man verstehen, dass Wirtschaftsbildung ein klassischer Anwendungsfall lebenslangen Lernens ist. Sie wird nur zu einem geringen Teil in der Schule erworben, bedarf im Übrigen aber anderer Lernsettings. Vieles geschieht dabei über berufsbezogene (Weiter)Qualifizierung, manches über VHS-Kurse, das meiste jedoch über die Medien.

Fügt man das zusammen, dann wird man in der Schule nicht viel mehr machen können und wollen, als was bereits jetzt möglich ist und z. T. gemacht wird: Basiswissen über Strukturen und Funktionsweisen von Staat und Markt, Grundregeln einer soliden individuellen Wirtschaftsführung und Ähnliches. Alles andere wäre ökonomisches Trockenschwimmen, das genauso wenig ökonomisch bildet wie schwimmen Lernen an Land.

2. Die Inhalte sollten dabei nicht aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive ausgewählt werden, sondern sich an den Interessen der Schüler und dem Basisbedarf des Alltagslebens orientieren.

Denn wichtiger als der Lernstoff ist die damit verbundene Perspektive und Befähigung: Diese besteht nicht darin, inaktives Wissen reproduzieren zu können, sondern die Grundlagen dafür zu erwerben, sich weiterführendes Wissen anzueignen, ein grundsätzliches Verständnis von Marktfunktionsweisen, von ökonomischer Leistung und Verteilung, von den Vor- und Nachteilen des Individuellen und Kollektiven, vom Sinn der Steuern usw. zu entwickeln, und ein kritisches Denken im Umgang mit Wirtschaftsinformationen (Zahlen, Statistiken, Behauptungen usw.) zu erlernen.

Die Gesellschaft ist schon ausreichend durchökonomisiert, und es kann nicht Sinn der Wirtschaftsbildung sein, Kinder auf ihre Rolle als zukünftige Sparer, Konsumenten oder



Firmengründer vorzubereiten. Wichtig ist vielmehr die Fähigkeit zur Kritik dieser Denkweise statt einer Indoktrinierung vom Kindesalter an.

Kritische Bildung besteht darin, den Menschen den blinden Glauben an die Kennzahlen zu nehmen, mit denen gerne argumentiert wird, sie zu befähigen, die angebliche Alternativlosigkeit wirtschaftlicher Argumente zu hinterfragen und sich auch von Ökonomen nicht für dumm verkaufen zu lassen. Die Menschen müssen vor allem wissen, dass die wirtschaftliche Sichtweise auf das Leben und die Gesellschaft eine einseitige ist, und dass ökonomische Rationalität zwar interessante Erkenntnisse zeitigt und begründbare Entscheidungen erlaubt, das aber zu Lasten anderer Dimensionen (humane, soziale, kulturelle), die mindestens so wichtig sind.

Die Autoren der Studie und der ZEIT sehen das offenbar keineswegs so. Sie haben festgestellt, dass ökonomisch weniger Gebildete kritischer eingestellt sind gegenüber EU, Euro und Demokratie, und sie betrachten das als „diskussionswürdig“. Für sie scheint klar, dass jeder, der Wirtschaft versteht, diese auch befürwortet, was aber keineswegs der Fall ist und auch nicht sein sollte. Hier wird die eigene Unfähigkeit zur kritischen Selbstreflektion zum Standard etabliert und Wirtschaftsbildung zwangsläufig zum Indoktrinierungsinstrument (s. auch unten).

3. Das so entwickelte Problembewusstsein und Urteilsvermögen ist umso wichtiger, als die Medien als der wichtigste Vermittler von Wirtschaftsbildung für Erwachsene diesem Anspruch nicht gerecht werden. Das kann bei „wirtschaftsfernen“ Medien nicht überraschen, und auch „wirtschaftsnahe“ Medien verdienen lieber Geld mit dem Lobpreisen der Segnungen der Marktwirtschaft. Aber selbst Qualitätsmedien wie die ZEIT sind nicht in der Lage (und vielleicht auch nicht willens), diese aufklärerische Funktion auszuüben.

Ökonomische Bildung erfordert also auch eine kritische Medienkompetenz. Das Beispiel der Finanzkrise zeigt, dass kaum ein Journalist überhaupt in der Lage war, diese korrekt zu analysieren. Auswirkungen auf die börsenfreundliche Berichterstattung hat die Krise zudem offenbar nicht gehabt. Und selbst die Studie ist ein Beleg dafür, wie mit Überzeugung und Wahrheitsanspruch über Dinge geschrieben wird, die man de facto nicht verstanden hat. Da gerade auch die Medienwelt sich in erheblicher wirtschaftlicher Abhängigkeit befindet, sind hier kritische Konsumenten umso wichtiger (s. auch hiernach).

4. Aber man sollte sich keiner Illusion hingeben: Viel mehr als eine Basisbefähigung wird man nicht erreichen können, weil es hier um Phänomene geht, bei denen Bildung letztlich eine untergeordnete Rolle spielt. Das wird eigentlich bei jeder nüchternen Problemanalyse schnell klar. Es stellt sich daher die Frage, warum diese Kuh dennoch immer wieder durchs Dorf getrieben wird.



Was sinnvoller ist als ökonomische Bildung

Zu den wichtigsten Instrumenten der „Volksverdummung“ zählt, falsche Fragen zu stellen bzw. nebensächliche Themen aufzuwerfen, und diese als wichtig zu deklarieren, um vom wirklich Relevanten abzulenken.

Dies ist auch der Fall bzgl. der „ökonomischen Bildung“. Anders ist nicht zu erklären, warum dieses Thema immer wieder lanciert wird, obschon es in die Irre führt und von echter wirtschaftlicher Befähigung ablenkt.

1. Grenzen der Befähigung durch (Schul)Bildung

Die Wirtschaftschulbildungsbefürworter argumentieren: Wer Abi hat und erst recht wer studiert hat, weiß mehr über Wirtschaft. Daraus wird gefolgert: Mehr (insbesondere auch ökonomisches) Wissen ist besser als weniger, und daher sollte Ökonomie Schulfach werden.

Darin sind jedoch mehrere gedanklich Fehler enthalten:

- Zunächst bedeutet dieses Wissen noch keine Befähigung (s. hiervor).
- Größeres Wirtschaftswissen bedeutet nicht einmal nachweislich eine erfolgreichere Teilhabe am Wirtschaftsleben. Zwar hat man festgestellt, dass auch Reichere und Einkommensstärkere über mehr Wirtschaftswissen verfügen, aber eine Kausalität ergibt sich daraus noch lange nicht. Denn wissen sie mehr, weil sie so sind oder sind sie so, weil sie mehr wissen? Der Studie kann man nicht entnehmen, dass verstanden wurde, dass eine Korrelation noch keine Aussage über einen Zusammenhang erlaubt.
- Des Weiteren kann man aus den Ergebnissen auch ableiten, dass die Klugen sich ohnehin zu behelfen wissen. Gerade sie aber würden von wirtschaftlicher Schulbildung vor allem profitieren, nicht diejenigen, die man angeblich befähigen will.

Ist schon der Nexus zwischen schulischem Wirtschaftswissen und dem angestrebten Befähigungsziel aufgrund dieser Umstände nicht evident, wird das erst recht offenkundig, wenn man sich fragt: Was nützt mir Bildung, wenn ich nicht die Mittel habe, die Erkenntnisse in Handlungen umzusetzen?

Beispiele

- Es wird argumentiert, dass Altersarmut auch deshalb ein Problem sei, weil die Menschen schlecht informiert seien. Was nützt mir aber das Wissen, dass private Altersvorsorge wichtig wäre, wenn ich keine Mittel habe, privat vorzusorgen?
- Was nützt es mir, die Inflation zu kennen, wenn ich als Einzelner keine bessere Anlagerendite oder keinen höheren Lohn durchsetzen kann?
- Was nützt es zu wissen, dass ich im Vergleich zu anderen in Wirklichkeit ärmer bin als ich es mir einbilde? Es mag dann eine individuell rationale Entscheidung sein, radikal links zu wählen. Ob das aber unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen sinnvoll ist und mir ein höheres Einkommen beschert, ist alles andere als sicher.



Angesichts dessen kann es für den Einzelnen sehr rational sein, sich nicht zu informieren und einfach der Masse zu folgen, weil der Aufwand des sich Informierens weit über dem potenziellen Ertrag liegt, und noch viel mehr, wenn dieses Wissen nicht nutzbringend angewendet werden kann, weil die Mittel dazu fehlen.

Es wundert in dem Zusammenhang auch nicht, dass Reiche und Einkommensstarke mehr Wirtschaftsbildung haben, weil sich dieses Investment für sie lohnt, aber eben nicht für Arme und Einkommensschwache. An dieser Sachlage kann eine vernünftige berufliche Qualifizierung etwas ändern, aber sicher nicht eine Wirtschaftsbildung, wie sie den Autoren der Studie offenbar vorschwebt.

Vor allem aber bedarf es einer anderen und weiteren Perspektive auf das Problem.

2. Individual- und Kollektivverantwortung

Wenn man die wirtschaftlich „Schwachen“ und „Ungebildeten“ (z. B. Arbeitnehmer, Versicherungskunden usw.) wirklich gegen Ausbeutung schützen will, dann wäre es viel effizienter, dies über allgemeinverbindliche Regeln für alle zu tun statt über Information und Bildung der Einzelnen.

Das Problematische am Wirtschaftsbildungsansatz ist nämlich, dass er wie selbstverständlich die Verantwortung beim Einzelnen sieht, als seien die zu lösenden Probleme bei ihm angesiedelt, nicht im Marktgeschehen. Postuliert wird nämlich implizit, dass jeder Einzelne gefordert ist, sich zu informieren, zu positionieren und seine Interessen geltend zu machen. Das ist jedoch nicht nur unrealistisch, sondern auch ökonomisch ineffizient. Wie hiervoor beschrieben funktioniert es nämlich nicht, alle Individuen ausreichend kompetent zu machen, und das ist auch nicht nötig, wenn die kollektiven (identischen) Interessen adäquat vertreten sind, z. B. durch Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Umweltverbände. Diese müssten gestärkt, ihre Unabhängigkeit und Integrität sichergestellt werden. Sie haben die Ressourcen, die relevanten Informationen zu (er)kennen und zu verstehen. Und sie haben Einflussmöglichkeiten, die Einzelne nicht haben.

Das bedeutet nicht, dass Bildung und Befähigung unwichtig sind. Wohl aber, dass echte Befähigung weitergehender Maßnahmen bedarf.

Als Beispiel der untauglichen Herangehens- und Denkweise der Studie kann man das Thema Steuern nehmen: Man will uns in der Tat glauben machen, dass die (bisher sehr unzureichend gegebene) richtige Einschätzung der Steuerbelastung (der eigenen und der anderer Einkommensgruppen) sich tatsächlich über Wahlen oder wie auch immer auf eine Änderung des Steuersystems auswirken würde. Das ist jedoch Unfug:

- Der Einzelne ist selbst mit einer hohen Wirtschaftsbildung nicht in der Lage, das selbst zu ermitteln, und selbst Fachleute können hier nur typisierend einigermaßen aussagefähige Belastungsvergleiche anstellen.
- Selbst wenn man das Steuerrecht versteht und die Steuerbelastung selbst errechnen kann, kann man als Einzelner daran nichts ändern. Die repräsentative Demokratie wurde ja gerade geschaffen, damit kompetente Leute darüber entscheiden und nicht jeder Einzelne sich damit beschäftigen muss. Man muss



nicht einmal Steuerrecht verstehen, um mitzureden, sondern es würde reichen, korrekt informiert zu werden. Das wird aber nicht getan.

- Selbst wenn jemand alles versteht und die Macht hätte, daran etwas zu ändern, bleibt die Frage, wie im gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Kontext eine vertretbare Änderung aussehen sollte, was wiederum eine hohe makroökonomische Kompetenz erfordert.

Es ist vollkommen illusorisch, solche Themen in der Breite der Bevölkerung kompetent diskutieren zu wollen und dafür in Wirtschaftsbildung zu investieren.

Außerdem zeigt schon die Fragestellung einen Bias, der den Autoren gar nicht bewusst zu sein scheint: Denn bei einer echten Befähigung würden die Bürger sich nicht um die Steuern kümmern, also die Einnahmeseite, sondern vor allem auch darum, was mit dem eingenommenen Geld geschieht. Das wird jedoch (auch in der aktuellen Praxis) überhaupt nicht als bildungsrelevant erachtet.

3. Das „hidden curriculum“ der Studien

Aus dem Vorstehenden ergibt sich auch, dass dieser ganzen Rhetorik bewusst oder unbewusst eine wirtschaftsliberale Agenda zugrunde liegt: Ihr zufolge liegt das Problem nicht im System und seinen Werten, sondern in der Unfähigkeit, sich dem anzupassen und sich darin zu bewegen. Man will zwar die Menschen individuell befähigen, aber erst recht will man sie systemtreu machen, indem man ihnen einredet, Wirtschaft sei wichtig und ihre Regeln eben hinzunehmen (s. auch oben).

Wörtlich schreibt U. J. Heuser: *„Es wird Zeit für eine große Debatte um unser Wirtschaftswissen. Am Ende geht es darum, dass die Bürger im Schnitt selbstbewusster werden im Umgang mit Wirtschaft – und ein gesundes Verhältnis zu ökonomischer Wirklichkeit entwickeln.“* Was soll das denn bedeuten: Ist jeder Unwissende nicht selbstbewusst? Und vor allem: Ist er krank?

Da werden subtil Merkmale unterstellt, die jeden Wirtschaftslaien, und erst recht jeden Anti-Ökonomiker, massiv herabwürdigen. Dabei ist es nicht nur paradox, sondern geradezu pervers, erst ein System zu installieren und zu stützen, das zu massiven Schieflagen führt, und dann den Menschen vorzuwerfen, sie seien nicht in der Lage, es zu verstehen und es zu nutzen, um sich gegen dessen negative Auswirkungen zu schützen.

Hier wird nicht nur die Ideologie vermittelt, Ökonomie sei wichtig und Wirtschaftswissenschaft die allumfassende Verhaltenswissenschaft, der man vertrauen müsse und die sinnvolle Empfehlungen abgeben können, denen zu folgen sei. Sondern es wird subtil als selbstverständlich angenommen, die kollektive Verantwortung und Handlungsmöglichkeit beschränke sich darauf, die Wirtschaftssubjekte „wirtschaftsfähig“ zu machen und es dann dem Markt zu überlassen, ob etwas draus wird.

Bildungsmäßig ist die ZEIT dem CHE (getragen von der Bertelsmann-Stiftung) nahe, da wundert die Herangehensweise nicht. Und es dürfte kein Zufall sein, dass die neue schwarz-gelbe Mehrheit in NRW vereinbart hat, Wirtschaft zum Pflichtschulfach zu machen.



Angesichts der von diesen vertretenen Ideologie ist es wenig wahrscheinlich, dass dabei ein kritisches Verständnis angestrebt wird. Die liberal fundierte Wissensbefähigung erlaubt es, soziales Engagement zu simulieren, dabei aber de facto das Bestehende und die ökonomische Versklavung des Humankapitalfaktors zu vertiefen. Denn Wissen ist nur Macht, wenn man die Mittel hat, es auch zu Macht werden zu lassen. Eine so weitgehende Handlungs- und Veränderungsbefähigung wird aber keineswegs angestrebt, sondern Systemtreue. Es sieht so aus, als wolle man den Menschen suggerieren, sie hätten irrige Vorurteile gegen die Ökonomie, und es reiche, ihnen Wirtschaftswissen zuteil werden zu lassen, damit sie dieser positiver gegenüberstehen. Von kritischer Befähigung ist das weit entfernt. Es geht eher darum, die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren, und die Wirtschaftswissenschaft lässt sich gerne einspannen, da sie damit ihren intellektuellen Machtanspruch vertiefen kann.

Fazit

Je öfter man die journalistische Verarbeitung der (im Übrigen nicht veröffentlichten) Studie liest, desto offenkundiger werden ihre Defizite: Keine Präzisierung dessen, was Wirtschaftswissen auf Schulniveau bedeuten könnte, keine Analyse von Wirtschaftsbildung und -befähigung, und schon gar keine empirische Überprüfung der einleuchtenden, aber falschen Thesen.

Den Journalisten mangelt es selbst nicht nur an Wirtschaftsbildung, sondern vor allem auch an Bildungsbefähigung. Ihr Denken ist unterkomplex, einseitig ökonomisch, bildungspolitisch leer, ideologisch unehrlich oder unreflektiert. Selbst wenn man annimmt, dass die Überlegungen gut gemeint sind, sie sind nicht einmal im Ansatz zu Ende gedacht.

Den „interessierten Kreisen“ wird das egal sein: Das Forschungsinstitut hat Drittmittel erhalten, die Journalisten ein über Wochen einsetzbares Thema gefunden, und „die Wirtschaft“ hat es einmal mehr geschafft, Wirtschaft als erheblich und prioritär darzustellen, und das alles im Kontext von Gutmensch-Bildungsgetöne.

Das darf man als **PROF**narr getrost nicht nur als Gedankenmüll des Monats bezeichnen, sondern auch mit dem Ehrenlabel „verdummungsstrategisch wertvoll“ versehen.

Veröffentlicht auf www.profnarr.de am 30. März 2018